

SWR2 Wissen: Aula

Kampf der Systeme

Warum die DDR unterging und die Bundesrepublik überlebte

Von Klaus Schroeder

Sendung: Samstag, 3. Oktober 2020

Redaktion: Ralf Caspary

Produktion: SWR 2020

Viele Fakten entkräften das Klischeebild einer „sozialen DDR“, die auf Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit basiert. Professor Klaus Schroeder, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik an der FU Berlin, beschreibt die DDR jenseits der Klischees und warum sie nicht überlebt hat.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Ansage:

Mit dem Thema: „Kampf der Systeme. Warum die DDR unterging und die Bundesrepublik überlebte“.

Viele Fakten entkräften das Klischeebild einer „sozialen DDR“, die auf Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit basiert. Beispiele: Zwar war die Frauenarbeitsquote deutlich höher als im Westen, sie lag bei über 90 Prozent, aber der Verdienst der weiblichen Arbeitnehmerschaft war erheblich geringer als der der Männer.

In Sachen Armutsquote war die DDR nicht gerade ein Vorzeigestaat: Nach der heutigen Definition, nach der die Armutsschwelle bei der Hälfte des Nettodurchschnittseinkommen liegt, wären das in der DDR über ein Viertel der Bevölkerung gewesen. Das alles sind Faktoren, die zum Ende der DDR beigetragen haben.

Klaus Schroeder:

Der vom nationalsozialistischen Deutschland 1939 entfesselte Weltkrieg führte knapp sechs Jahre später zur bedingungslosen Kapitulation und zur Teilung des Landes. Bis 1990 hing das Schicksal des geteilten Deutschlands zuallererst von den internationalen Konstellationen ab. Sie diktierten die Bedingungen der Teilung, und eröffneten später die Perspektiven der Vereinigung. Deutschland war 45 Jahre lang aus vielerlei Gründen eine besonders sensible Nahtstelle des Eisernen Vorhangs.

Der sowjetischen Führungsmacht war schon frühzeitig bewusst, dass sich der Kalte Krieg in Deutschland entscheiden könnte. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan erläuterte der SED-Führung im Juni 1961 den Stellenwert der DDR für die Entwicklung des gesamten kommunistisch geprägten Ostblocks. Als westlicher Vorposten des sozialistischen Lagers habe die DDR die Aufgabe, die Gültigkeit des Marxismus-Leninismus in einem hoch entwickelten Industrieland zu belegen. Wörtlich sagte er: „Die DDR, Deutschland, ist das Land, in dem sich entscheiden muss, dass der Marxismus-Leninismus richtig ist, dass der Kommunismus auch für die Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist. Und weil das so ist, deshalb ist die Bewahrung des Sozialismus in Deutschland nicht nur eure Sache allein. Und gegenüber Westdeutschland können und dürfen wir uns einen Bankrott nicht leisten. Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich hier nicht als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt.“ Knapp dreißig Jahre später sollte sich diese Einschätzung als wahr erweisen, allerdings mit einem von sowjetischen und deutschen Kommunisten nicht gewünschten Ergebnis.

Bundesrepublik und DDR begriffen sich als „Kernstaaten“ und setzten auf ihre Anziehungskraft gegenüber dem jeweils anderen Staat. Doch nur der eine – die Bundesrepublik – war durch demokratische Wahlen und die Zustimmung einer

breiten Mehrheit legitimiert, während der andere als Folge einer Anordnung der sowjetischen Besatzungsmacht entstand und bis zum März 1990 keine freien Wahlen zuließ.

Gegensätzliche Gesellschaftssysteme

Die selbst verschuldete, aber auch erzwungene Teilung ließ die Deutschen in Ost und West in zwei sich feindlich gegenüberstehenden Teilstaaten leben. In dem Maße, wie sich die beiden Staaten auseinanderentwickelten, veränderte die jahrzehntelange unterschiedliche Sozialisation das Verhältnis der Bewohner zueinander, trotz gemeinsamer Vorgeschichte und mitunter aufrechterhaltender Bindungen. Erst nach der Vereinigung merkten viele Menschen, wie fremd ihnen die Landsleute jenseits der Grenze (geworden) waren.

Für die älteren Generationen mag das Bild von Zwillingen zutreffen, die, frühzeitig getrennt und in unterschiedlichen Verhältnissen aufgewachsen, auch noch nach Jahrzehnten starke Gemeinsamkeiten aufweisen. Für die nach 1945 Geborenen ist dagegen das Gewicht der jeweiligen Binnenprägungen bedeutsamer. Das Aufwachsen und Leben in unterschiedlichen und in vielen Bereichen gegensätzlichen Systemen ließ die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes in anderen Welten leben.

In beiden Teilstaaten entwickelten sich nahezu alle Verhältnisse diametral: die Ordnung von Politik und Wirtschaft, die Sozialstruktur und die gesellschaftlichen und kulturellen Sozialisationsbedingungen. Die sich als Folge herauskristallisierenden unterschiedlichen Lebensweisen erfuhren durch den wachsenden Abstand materiellen Wohlstands eine zusätzlich differente Prägung. Auch im Jahre dreißig der Vereinigung wirken sie in mancherlei Hinsicht noch nach und haben sich in den letzten Jahren sogar erneut verstärkt.

Die Alliierten übernahmen in Ost und West von 1945 bis 1949 die Regierungshoheit, installierten ein allerdings unterschiedliches Besatzungsregime und begannen mit dem Aufbau neuer politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Institutionen. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bestand der deutsche Einfluss auf die Gestaltung der Nachkriegsordnung in der von kommunistischer Seite praktizierten Assistenz sowjetischer Politik. In den Westzonen blieb er begrenzt, da nur innerhalb eines vor allem von den USA vorgegebenen Rahmens agiert werden konnte. Sie stützten sich bei der Demokratisierung Westdeutschlands und der Vorbereitung der Gründung eines Teilstaates auf politisch unbelastete, zumeist schon in der Weimarer Republik aktive Politiker wie Konrad Adenauer (CDU) und Kurt Schumacher (SPD).

Das unter alliierter Beobachtung und Kontrolle von deutschen Demokraten entworfene, beratene und verabschiedete Grundgesetz legte die Grundlagen für eine freiheitliche, föderale, soziale und demokratische Republik. In bewusster Abgrenzung zur Weimarer Republik, aus deren Fehlern man lernen wollte, stärkte das Grundgesetz die Rolle von Parteien und Verbänden im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, verankerte die Gewaltenteilung, bestimmte das Verhältnis zwischen Zentralgewalt und Ländern unter Betonung föderalistischer Prinzipien neu und erklärte die Menschenrechte für unantastbar. Deren Einhaltung konnte das 1951 eingerichtete Bundesverfassungsgericht jederzeit überprüfen. Im

Laufe der bundesrepublikanischen Geschichte entschied es darüber hinaus in zunehmender Weise de facto auch über strittige politische Fragen.

Das für das Grundgesetz maßgebliche Konzept der „streitbaren Demokratie“ fußt auf der Unantastbarkeit bestimmter Werte (Wertegebundenheit) und der aktiven Bekämpfung von Verfassungsfeinden (Abwehrbereitschaft). Ein antitotalitärer Konsens, der gleichermaßen Nationalsozialismus und Kommunismus ablehnt, verband alle demokratischen Parteien in besonderer Weise. Die Behauptung, die Bundesrepublik sei vor allem von einer antikommunistischen Grundhaltung geprägt gewesen, unterschlägt – zumeist bewusst – den doppelten Charakter des antitotalitären Konsenses.

Anders als die DDR stellte sich die Bundesrepublik in die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches und übernahm nicht nur Lasten wie die Tilgung der deutschen Auslandsschulden und die Anerkennung und Umsetzung materieller Wiedergutmachung, sondern hielt auch an einem gemeinsamen Staatsangehörigkeitsrecht für alle Bürger des früheren Deutschen Reiches fest. Auf dieser Grundentscheidung basierte nicht nur die schnelle Integration der Vertriebenen, der Flüchtlinge sowie der Aus- und Übersiedler, sondern letztlich auch die Wiedervereinigung.

Als weiteres Element einer freiheitlichen Demokratie garantierte das Grundgesetz die Meinungs- und Pressefreiheit und schloss eine Zensur aus. Den Medien, anfangs Presse und Rundfunk, später vor allem dem Fernsehen, kam im Laufe der Jahrzehnte eine immer höhere Bedeutung zu, so dass die Rede von einer (informellen) „vierten Gewalt“ durchaus eine gewisse Berechtigung hat. Die Verfassung forderte und förderte den Wettstreit der Ideen, die Konkurrenz der Parteien sowie Konflikt- und Konsensbereitschaft der Verbände. Politische Macht erhielten Parteien bzw. Koalitionen nur auf Zeit. In freien Wahlen konnte die Regierung abgewählt werden und die Opposition an die Macht gelangen.

In Ostdeutschland baute die SED die ihr vom sowjetischen Besatzungsregime übertragene Rolle bereits vor der Gründung der DDR zielstrebig aus; schon frühzeitig formulierte sie ihren umfassenden Macht- und Gestaltungsanspruch. Angesichts ihres Misstrauens gegenüber der eigenen Bevölkerung, die wenig Sympathien für sowjetische Soldaten und deutsche Kommunisten hegte, was nach nationalsozialistischer Propaganda, Kriegserfahrungen und dem gewalttätigen Verhalten vieler Rotarmisten insbesondere gegenüber Frauen nicht verwunderte, begann sie unverzüglich mit dem Aufbau eigener Sicherheitskräfte, auch zur Kontrolle der eigenen Mitglieder. Das 1950 installierte Ministerium für Staatssicherheit – die sogenannte Stasi – war dabei nur die Spitze des Eisberges. In den Kontroll- und Unterdrückungsapparat waren darüber hinaus die Polizei, andere staatliche Institutionen und Parteiorganisationen eingebunden.

Die DDR war keineswegs ein Stasi-Staat, sondern blieb immer ein SED-Staat, da die Stasi „Schwert und Schild der Partei“ war. Das Ministerium für Staatssicherheit sicherte der Partei die Macht im Staat. Es war politische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde bei „politischen Straftatbeständen“ und Nachrichtendienst in einem und betrieb neben der Überwachung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung externe Aufklärungs- und Diversionsmaßnahmen vor allem gegen die

Bundesrepublik. Ende 1989 beschäftigte die Stasi etwa 91.000 hauptamtliche und knapp 190.000 inoffizielle Mitarbeiter. Von 1950 bis 1990 spitzelten etwa 600.000 Personen inoffiziell für die Stasi. Nach der Wiedervereinigung hatte und hat die in PDS und später Die Linke umbenannte SED kein Problem damit, ehemalige Stasi-Angehörige in ihren Reihen in zum Teil hohen politischen Funktionen zu akzeptieren.

Die Eroberung des Staatsapparates und seine Transformation in ein „Instrument im Klassenkampf“ gelang der Partei weitgehend bereits vor der Staatsgründung: Statt Gewaltenteilung gab es eine konzentrierte Gewalteneinheit und weder eine unabhängige Justiz oder ein Verfassungsgericht, nicht einmal Verwaltungsgerichte. Die Bevölkerung war der Obrigkeit institutionell und rechtlich ausgeliefert. Alle Macht ging von der Parteiführung und ihrem Apparat aus. Das Politbüro mit einem mächtigen Generalsekretär (bzw. Ersten Sekretär) an der Spitze bildete die legislative, exekutive und judikative Letztinstanz, die alle wichtigen Entscheidungen bestimmte oder direkt an sich ziehen konnte. Der Parteiapparat der SED war dem Staatsapparat auf zentraler und bezirklicher Ebene vorgeschaltet. Die kommunistische Partei stand über dem Staat und damit auch über dem Recht.

Bis weit in das Jahr 1989 hinein verfügte die Parteiführung jenseits der fortdauernden Unterordnung unter die Sowjetunion ohne Abstriche über eine unbegrenzte und unkontrollierte Machtfülle. Sie verpflichtete die staatlichen Instanzen und Institutionen zur kritiklosen Umsetzung ihrer Beschlüsse und die Staatsbediensteten zur Loyalität gegenüber der SED.

Der Graben zwischen den Staaten und Systemen wird breiter

Im Laufe der Jahre gingen die Wege der beiden Deutschlands immer weiter auseinander. Die Bundesrepublik integrierte sich in die westliche Staatengemeinschaft, die DDR in den sowjetischen Machtbereich. Beide Systeme blieben bis zur Wiedervereinigung in das jeweilige wirtschaftliche, politische und militärische Bündnis eingebunden. Vor dem Hintergrund des neu erreichten Wohlstands und der sozialen Absicherung lösten sich große Teile der westdeutschen Bevölkerung etwa Anfang der 1960er-Jahre von alten Vorstellungen und freundeten sich allmählich mit den westlichen Werten Freiheit und Demokratie, aber auch Individualität an; vielfach assoziierten sie jedoch Demokratie und Freiheit vor allem mit Wohlstand. Die Kennzeichnung der Bundesrepublik jener Jahre als „Schön-Wetter-Demokratie“ hatte insofern durchaus ihre Berechtigung.

Mit dem Machtwechsel von Kiesinger zu Brandt und der damit einhergehenden Ablösung der zwanzigjährigen Dominanz der Unionsparteien erwies sich die Demokratie als stabil und lebendig. Der sozial- und deutschlandpolitische Kurswechsel der sozialliberalen Koalition führte zwar zu einem erbitterten Streit zwischen der abgelösten Kanzlerpartei und der neuen Koalition, jedoch nicht zu einer politischen Krise oder gar einer Gefährdung der Demokratie.

Der SED-Staat musste dagegen schon wenige Jahre nach seiner Gründung im Juni 1953 um sein Überleben kämpfen. Ohne den Einsatz sowjetischen Militärs wäre es bereits zu diesem Zeitpunkt um die DDR geschehen gewesen. Die Protestierenden führten den kommunistischen Machthabern plastisch vor Augen, dass sie von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung keine Zustimmung erwarten konnten. Die

sozialistische Diktatur musste die Kontrolle der Bevölkerung und die Repressionen gegenüber Andersdenkenden verschärfen, um nicht in eine erneute Krise zu geraten. Doch acht Jahre später stand der deutsche Teilstaat erneut vor dem Scheitern. Die millionenfache Abwanderung von Menschen Richtung Westen führte zu einem wirtschaftlichen Ausbluten, das nur die Einbetonierung des Landes durch den Bau der Berliner Mauer stoppen konnte. Die Vollendung des DDR-Grenzregimes brachte etwa eintausend Menschen, die nicht mehr in Unfreiheit leben wollten, den Tod, Tausenden zum Teil schwere Verletzungen und Zehntausenden mehrjährige Haft wegen versuchter „Republikflucht“. Entgegen der bis zum heutigen Tag von „Freunden der DDR“ aufgestellten Behauptung, es hätte im SED-Staat weniger Verbrechen als in der Bundesrepublik gegeben, saßen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im kleineren deutschen Teilstaat immer mehr Personen in Strafanstalten.

Nach dem Bau der Mauer startete die SED-Führung unter Walter Ulbricht eine Reformoffensive, die jedoch schon nach wenigen Jahren kläglich scheiterte. Der Versuch misslang, die Wirtschaft durch die Gewährung von betrieblichen Spielräumen für Investitionen gegenüber dem Westen konkurrenzfähig zu machen. Der wirtschaftliche Graben zwischen der Bundesrepublik und der DDR vergrößerte sich zusehends.

Erfolglos blieb ebenfalls der Versuch, Frauen und Jugendliche in der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen. Das politische und wirtschaftliche System der DDR blieb in den Führungsetagen männerdominiert. Mitte der 1960er-Jahre giftete die Parteiführung gegen die westliche Popmusik. Walter Ulbricht sprach auf einem Plenum des SED-Zentralkomitees die später vielzitierten und verspotteten Worte: „Die ewige Monotonie des ‚yeah yeah yeah‘ ist doch geistestötend und lächerlich.“ Jugendliche, die mit dem Aufkommen der Beatmusik noch stärker nach Westen schielte, sollte sich in den parteikonformen Nachwuchs einordnen.

Die vor allem aus Großbritannien und den USA nach Deutschland überschwappende Popmusik, einhergehend mit neuen Kleidungsstilen und Frisuren, erfreute sich in konservativen Bevölkerungsschichten Westdeutschlands auch nicht gerade besonderer Beliebtheit. Insbesondere die amerikanische Kultur galt der konservativen Bildungselite als dekadent. Gleichwohl setzte sich die neue Musikrichtung nebst ihren Attributen in der Bundesrepublik rasch durch und konnte auch in der DDR von den Machthabern auf lange Sicht nicht unterdrückt werden.

Der Übergang von Ulbricht zu Honecker war anders als der Machtwechsel in der Bundesrepublik nicht demokratisch legitimiert, sondern resultierte aus dem von der Sowjetunion genehmigten Sturz des alten Diktators. Die „sozialistische Demokratie“ erschöpfte sich weiterhin in Floskeln wie: „Der schrittweise und allmähliche Übergang zum Kommunismus, die Herausbildung der klassenlosen Gesellschaft vollzieht sich planmäßig auf wissenschaftlicher Grundlage und bei voller Entfaltung der Initiative und Schöpferkraft aller Menschen unter der führenden und lenkenden Kraft der marxistisch-leninistischen Partei.“

Entscheidende Dimensionen im Kampf der Systeme

Der Kampf der Systeme entschied sich letztlich auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine zentralistische Planwirtschaft war und ist einer sozialen Marktwirtschaft hoffnungslos unterlegen, wie die Wohlstandsbilanz offenbarte. Die westdeutsche Variante der Marktwirtschaft, oftmals als „rheinischer Kapitalismus“ bezeichnet, betrachtet den Sozialstaat nicht nur als Anhängsel, sondern als festen Bestandteil der Wirtschaftsordnung. Der ökonomische Nachkriegsboom, das so genannte Wirtschaftswunder, brachte jährliche Wachstumsraten von etwa 8 % und ermöglichte – beginnend mit der Rentenreform von 1957 – die Dynamisierung des Sozialstaates. Die Koppelung sozialer Leistungen an das allgemeine Wohlstandsniveau führte zu einem zwar ungleichen, aber doch vorhandenen „Wohlstand für alle“, den der erfolgreiche Wirtschaftsminister und gescheiterte Kanzler Ludwig Erhard propagierte. Zwischen 1950 und 1990 vervierfachten sich die inflationsbereinigten Nettolöhne. Im gleichen Zeitraum stiegen die Sozialausgaben pro Kopf und Jahr von 333 D-Mark auf 11.270 D-Mark.

Mit dieser Entwicklung konnte der SED-Staat in keiner Weise mithalten, im Gegenteil: Der wirtschaftliche Abstand zur Bundesrepublik vergrößerte sich im Laufe der Jahrzehnte. Von der Innovationskraft westlicher Marktwirtschaften blieb die DDR wie die anderen Staaten im sowjetischen Imperium meilenweit entfernt. Durch mehrere Enteignungswellen bis zum Jahr 1972 fiel der Anteil der Privatwirtschaft am Nettoproduct auf anteilig wenige Prozentpunkte. Am Ende lag die Wirtschaftskraft der DDR bei etwa einem Drittel des westdeutschen Niveaus und die Produktivität bei etwa einem Viertel.

Der Vergleich der beiden Wirtschaftsstrukturen zeigt, dass die Gewichtung der drei Sektoren – Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen – in der Endphase der DDR der der Bundesrepublik Anfang der 1960er-Jahre entsprach. Dies war der Logik einer zentralistischen Planwirtschaft geschuldet, die keine Antriebskräfte duldet, die eine Modernisierung hätten voranbringen können.

Mit ihrer Sozialpolitik schuf die SED einen Versorgungsstaat, der die Bevölkerung in Form einer Mindestversorgung vor existentieller materieller Not schützte. Von der Wiege bis zur Bahre begleitete der Sozialstaat die Menschen. Eine Dynamisierung wie in der Bundesrepublik konnte sich die DDR ökonomisch nicht leisten. Wer nur von Sozialleistungen wie z.B. der Rente leben musste, rutschte schnell in die Armutszone.

Die große Rentenreform von 1957 lässt sich im Rückblick als der entscheidende Faktor für die Überlegenheit der Bundesrepublik charakterisieren. Sie führte zu einer Verdoppelung der Renten binnen weniger Jahre und sicherte der älteren Bevölkerung nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben in etwa das erreichte Wohlstandsniveau. Die Reform führte auch das Umlageprinzip ein. Faktisch handelte es sich um einen Generationsvertrag, d.h. die aktuellen Erwerbstätigen zahlen Rentenversicherungsbeiträge, die die Renten der aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen beglichen. Die Kritik am Umlageverfahren, es hänge zu stark von einem für die Zukunft nicht zu prognostizierenden demografischen Faktor ab, kontierte Kanzler Konrad Adenauer mit den Worten: „Kinder bekommen die Leute immer.“ Das stimmt zwar, aber sie bekommen seit geraumer Zeit nicht mehr genug Kinder, um die Rente auf gleichem Niveau zu garantieren. Für die Bundesrepublik bis 1990 war dies indes noch kein Problem.

Die Sozialstruktur in beiden deutschen Staaten unterschied sich fundamental. Im Westen entwickelten die einzelnen Bereiche der Gesellschaft eigene sozialstrukturelle Dimensionen. Ihre Ausdifferenzierung ging einher mit der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen. Im Osten hingen alle gesellschaftlichen Bereiche weitgehend von der Politik der SED ab, soziale Auf- und Abstiege ebenso wie der Lebensalltag. Der Einzelne sollte sich in ein Kollektiv einfügen und seine Individualität dem sozialistischen Ziel unterordnen.

Lebens- und Umweltbedingungen

Die schlechten ökologischen Bedingungen im SED-Staat führten zusammen mit einer Zunahme gesundheitsgefährdender Ernährungsweisen, einem mitunter exzessiven Alkoholenuss und einer vergleichsweise schlechten medizinischen Versorgung zu einer deutlich niedrigeren Lebenserwartung als in der Bundesrepublik. Zum Zeitpunkt der Vereinigung lag die Lebenserwartung bei Männern um mehr als zwei und bei Frauen um etwa drei Jahre unter dem westdeutschen Vergleichsniveau. Unterschiedlich entwickelte sich auch die Selbsttötungsrate. Nach Gründung beider deutscher Staaten pendelte sie sich in der Bundesrepublik jährlich auf etwa 20 pro 100.000 Einwohner ein, in der DDR lag sie zwischen 25 und knapp 30. In den 1970er-Jahren registrierten die zuständigen Stellen sogar knapp 37 Suizide pro 100.000 Einwohner. Eine Erklärung hierfür könnte in der internationalen Anerkennung der DDR liegen, da nun die Bevölkerung von der dauerhaften Existenz des SED-Staates ausgehen musste und ihr der Weg in den Westen auf immer versperrt schien.

Ein besonders finsternes Kapitel der DDR ist die jahrzehntelange Schädigung der Umwelt. Offiziell gab es bis zum Fall der Mauer weder Waldsterben noch Luftverschmutzung oder Atommüll. Tatsächlich aber fiel die ökologische Schlussbilanz des Staates katastrophal aus: Die Luftbelastung mit Schwefeldioxid und Staub war die höchste aller europäischen Staaten; viele Gewässer waren stark verschmutzt oder gekippt und die Entsorgung des privaten und industriellen Abfalls erfolgte jahrelang weitgehend unkontrolliert zulasten der Natur.

Damit die Bevölkerung keine Kenntnis vom Stand der Umweltzerstörung erhielt, schränkte die SED-Führung die Veröffentlichung von Umweltdaten ab 1970 stark ein. Den jährlichen Umweltbericht erklärte sie als „Vertrauliche Verschlussache“ und ab Anfang der 1980er-Jahre als „Geheime Verschlussache“, so dass nur noch wenige Personen den jährlichen Umweltbericht erhielten. Als Begründung gab die SED-Führung an, die Umweltdaten würden vom Klassenfeind benutzt, um die DDR zu diskreditieren. Ein Umweltbewusstsein wie in der Bundesrepublik setzte sich auch in den 1980er Jahren in der DDR nicht durch. Die entstehende Umweltbewegung war weitgehend isoliert. Am Ende der DDR gab es sogar etwa 10.000 „wilde Müllkippen“. Die Behörden belangten jedoch kaum jemanden wegen Umweltschädigung. Zwischen 1985 und 1989 gingen nur knapp 150 Anzeigen wegen schwerer Umweltschädigung bei den zuständigen Stellen ein. Im gleichen Zeitraum leiteten die Behörden der Bundesrepublik knapp 90.000 Verfahren wegen Umweltstraftaten ein.

Ein besonderes Problem war die Beseitigung von knapp 13 Mio. Kubikmetern Fäkalien aus den Sickergruben privater Haushalte, Gaststätten, Sportstätten und

öffentlicher Einrichtungen. Da angesichts des Gülleanfalls aus den Tierproduktionsfabriken nur wenige Verwertungsmöglichkeiten für die Fäkalien vorhanden waren, beseitigte man etwa 30 % hygienewidrig und unkontrolliert. Proteste der Bevölkerung verhallten ungehört.

Der geringe Stellenwert des Umweltschutzes wird auch in den eingesetzten Mitteln für Investitionen sichtbar. Die DDR setzte 0,5 % des Nationaleinkommens hierfür ein, die Bundesrepublik mit 1,6 % in etwa das Dreifache.

Der Weg in den Untergang des SED-Staates

In den 1980er-Jahren wuchs die Unzufriedenheit in der DDR nicht zuletzt durch den medialen Blick auf den wohlstandsverwöhnten Westen und die fortbestehende Mangelwirtschaft im eigenen Land. Mit vorsichtigen Reformen in der Sowjetunion durch Gorbatschow und Reformbemühungen in einigen sozialistischen Bruderländern, insbesondere in Polen und Ungarn, braute sich in der DDR Unheil für die regierenden Kommunisten zusammen. So kam es 1989/90, wie es ohne den Schutz der sowjetischen Besatzungstruppen kommen musste. Der reale Sozialismus der DDR verabschiedete sich in den Orkus der Geschichte. Das westliche System hatte sich als überlegen erwiesen. Die Magnettheorie, nach der das attraktivere System das andere überflüssig macht, bestätigte sich schließlich. Der Wunsch einer breiten Mehrheit der Ostdeutschen nach Freiheit inklusive Reisefreiheit und Wohlstand entzog der sozialistischen Diktatur den Boden.

Wie sich dreißig Jahre später der Kampf der Systeme im Verhalten von Menschen niederschlägt, zeigen die Irritationen, die es weiterhin zwischen vielen Ost- und Westdeutschen gibt. Nicht wenige Westdeutsche neigen dazu, sich die Überlegenheit ihres Systems selbst zuzurechnen und Ostdeutsche als Verlierer zu kennzeichnen. Der Unterschied zwischen System und Lebenswelt, in der Bundesrepublik stärker ausgeprägt als in der DDR, wird leider bei vielen Debatten ignoriert. Selbstverständlich konnten sich Menschen in der sozialistischen Diktatur, um ein geflügeltes Wort zu benutzen, anständig verhalten, Personen in der Demokratie hingegen unanständig. Die Überlegenheit eines Gesellschaftssystems lässt sich nicht bruchlos auf die Ebene von Individuen übertragen. Gleichwohl müssen sich die Verantwortlichen für die sozialistische Diktatur fragen lassen, was sie bewegt hat, diese Diktatur zu stützen und zu verteidigen.

Der Westen hat zwar den Kampf der Systeme gewonnen, aber je länger die Teilung zurückliegt, desto blasser wird die Erinnerung, warum das westliche Gesellschaftsmodell siegreich war. Ja, im wiedervereinigten Deutschland besteht heute sogar die Gefahr, dass die Erfolgsrezepte in Vergessenheit geraten und einige Parteien Rückgriffe auf Ordnungsmodelle diskutieren, die für das unterlegene System typisch waren.
